

Brasilien und Deutschland: sechs Jahrzehnte intensiver wirtschaftlicher Partnerschaft

CHRISTIAN LOHBAUER

■ Während der Amtszeit von Präsident Juscelino Kubitschek in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, begann zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brasilien eine Wirtschaftspartnerschaft, die für die brasilianische Entwicklung bestimmend war und ist. Im damaligen Westdeutschland war der Wiederaufbau aus den Trümmern des 2. Weltkrieges in vollem Gange. Nach einem Jahrzehnt interner Neuordnungen etablierte sich das „Rheinische Modell“ der sozialen Marktwirtschaft, das dem deutschen *Wirtschaftswunder* in der Amtszeit von Ludwig Erhard Vorschub leistete. Deutschland investierte seine Energie und Fähigkeiten in die europäische Integration und in seine Fähigkeit als Herstellungs- und Exportland von Mehrwertprodukten. Deutschland suchte Länder, um Niederlassungen seiner Industrie einzurichten, unter ihnen glücklicherweise auch Brasilien. Die Ankunft des Stahlunternehmens Mannesmann 1954 und gleich darauf der Fabrik Sofunge, die später Teil von Mercedes Benz werden sollte (1955), sowie das Volkswagenwerk an der Via Anchieta (1959) sind Beispiele für den Beginn eines nicht mehr endenden Investitions- und Vertrauensprozesses in Brasilien.

Das deutsche Engagement in die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens verstärkte sich noch zu Beginn der 60er Jahre. Im Mai 1964, nicht ganz ein Monat nach dem Umsturz des politischen Regimes in Brasilien, besuchte Bundespräsident Heinrich Lübke Brasilien. Obwohl der Besuch eines Bundespräsidenten nicht dieselbe Bedeutung hat wie der eines Kanzlers, so war es doch der erste offizielle Besuch eines ausländischen Staatsoberhauptes in Brasilien unter der neuen Regierung. Lübke sagte bei dieser Gelegenheit Finanzierungen für verschiedene Infrastrukturprojekte zu, die noch während der Regierung von João Goulart verein-

bart worden waren und versicherte, dass der steigende Investitionsfluss ins Land nicht abgeschnitten werde. Damals war Brasilien der größte lateinamerikanische Exportpartner für Deutschland und der deutsche Bundespräsident bestätigte das Interesse seines Landes, die Entwicklung in Brasilien zu unterstützen.

Das deutsche Interesse und Engagement erreichte in den 70er Jahren seinen Höhepunkt, als deutsche Unternehmen aus der Schwerindustrie, der chemischen Industrie, sowie der Maschinenbau-, Anlagen- und Automobilindustrie investierten und sich in großer Anzahl in Brasilien niederließen. Damals führte Präsident Ernesto Geisel die größte Wirtschafts- und Unternehmerdelegation nach Europa. Im März 1978 war Geisel in der Bundesrepublik Deutschland und setzte einen Meilenstein der bilateralen Geschichte, nicht nur weil der letzte Besuch eines brasilianischen Staatsoberhauptes in Deutschland schon über ein Jahrhundert zurück lag – im April 1877, hat Dom Pedro II. Kaiser Wilhelm I. in Berlin besucht – oder weil der Präsident mit einer 90-köpfigen Delegation von Politikern, Unternehmern, Wirtschaftsleuten und Journalisten reiste, sondern weil die an die Vertiefung und Kooperation geknüpften Erwartungen hoch waren. Es war ein historischer Augenblick, der sich durch die im Juni 1975 unterzeichnete bilaterale Nuklearvereinbarung manifestierte. Es war der Beginn der Amtszeit von Helmut Schmidt, der nach der Krise und dem Rücktritt von Willy Brandt 1974 vor allem um Stabilität bemüht war. In diesem Zusammenhang wurde die Nuklearvereinbarung zwischen Brasilien-Deutschland von den Medien als großes Ereignis gefeiert. Es handelte sich dabei um den größten Exportvertrag der deutschen Industrie mit einer Laufzeit von fünfzehn Jahren. Die Verpflichtungen, die von den elf Vertragsunternehmen übernommen wurden, beinhalteten die Lieferung von acht Reaktoren, die Erschließung, Förderung und kommerzielle Nutzung von brasilianischem Uran, Fabriken zur Vorbereitung und Produktion von fossilen Brennstoffen und den Bau der Kraftwerke gemeinsam mit dem brasilianischen Staatsunternehmen Nuclebrás. Die Vereinbarung brachte eine neue Dimension in die bilateralen Beziehungen und geriet im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Ziele Deutschlands waren klar: Handelsinteressen standen im Vordergrund sowie die Nutzung einer Technologie, die noch in den 50er Jahren im Rahmen des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft und der Notwendigkeit Energie zu gewinnen, die den großen Wachstumsraten gerecht wird entwickelt wurde.

Im bilateralen Abkommen wurde festgelegt, dass der Politologe Wolf Grabendorf die typische und ideale Beziehung zwischen „Nord-Süd“, zwischen einem entwickelten Land und einem Entwicklungsland vor dem Hintergrund des

kalten Krieges beschreiben sollte. Diese Nähe beider Länder führte zu internationalen Spannungen. Vor allem Präsident Jimmy Carter, der 1976 ins höchste Amt der USA gewählt wurde, problematisierte die nukleare Frage vor dem Hintergrund der Menschenrechtsverletzungen in Brasilien. Bis 1977 gab es systematische Beratungen und Treffen zwischen US-amerikanischen und deutschen Politikern, einschließlich eines Treffens zwischen dem Vize-Präsidenten Walter Mondale und dem Außenminister Hans Dietrich Genscher, im Bestreben, die Vereinbarung zwischen Brasilien und Deutschland rückgängig zu machen. Beide Länder blieben jedoch standhaft in ihrer Entscheidung, die Verträge aufrechtzuerhalten und die Regierung Carter musste sich zurücknehmen, zumal diese pazifistischen Bestrebungen im Widerspruch standen zu den Exportinteressen der Nuklearindustrie im eigenen Land.

Trotz der anfänglichen Euphorie des „brasilianischen Wunders“, erlebte das Land in den 80er Jahren einen schnellen Konjunkturrückgang. Die plötzliche brasilianische Wirtschaftskrise auf Grund der Erhöhung der Auslandszinsen und der Explosion der Auslandsschulden erfolgte zeitgleich mit dem Demokratisierungsprozess. Noch im Mai 1981 besuchte der Präsident João Figueiredo Deutschland und berichtete über die Schwierigkeiten des Landes. In Bonn stellte Figueiredo die Situation Brasiliens als Opfer der Explosion der Erdölpreise dar. Deutschland ließ sich von der Krise und der Regierungswende seines größten Partners in Lateinamerika nicht einschüchtern, obwohl die Investitionen in Brasilien stark zurückgefahren wurden und die großen Industriekonzerne schwierige Momente erlebten – vor allem die Spannungen im Automobilsektor mit Streiks und wirtschaftlicher Instabilität. Deutschland war an der Stabilität in Brasilien und in Lateinamerika interessiert. Es waren bewegte Jahre. Die Verschuldung und die Inflation schwächten die Regierung und mit der politischen Öffnung kam gleichzeitig wirtschaftliche Instabilität. Der nach dem plötzlichen Tod des Präsidenten Tancredo Neves ausgehandelte Regierungswechsel erfolgte unter der Leitung des stellvertretenden Präsidenten José Sarney. Nach einem Jahrzehnt, in dem im Land des Wirtschaftswunders Produktions- und Rentabilitätsrekorde erzielt und Milliarden DM investiert wurden, sahen sich Unternehmen wie Volkswagen, AEG, Mannesmann, Krupp, Siemens, BASF und Bayer Schwierigkeiten gegenüber, die einige Jahre vorher unvorstellbar waren. Es begann eine Distanzierung. In derselben Zeit wurde die Verfassung von 1988 mit einer Reihe von Maßnahmen verkündet, die zwar noch nicht reglementiert waren, die ausländischen Investoren jedoch verunsicherten. Die teilweise kritische Haltung gegenüber ausländischem Kapital und der stark „soziale“ Inhalt der neuen Ver-

fassung verunsicherten und beeinträchtigten die Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Wirtschaft durch hohe Steuerlasten und gestiegene Lohnnebenkosten. Es galt abzuwarten und zu sehen, was das Jahr 1989 bringen würde. Es folgten der Zusammenbruch der sozialistischen Welt, die Präsidentschaftswahlen in Brasilien und der Fall der Berliner Mauer.

Letzteres sowie der Niedergang des sowjetischen Sozialismus führte dazu, dass Helmut Kohl im Oktober 1990 die deutsche Wiedervereinigung unterzeichnete. Außenpolitisch setzte man in Brasilien auf eine Entwicklungspolitik mit einem Modernisierungsprojekt. Dieses Projekt stellte eine klare, wenn auch wenig zielgerichtete Reaktion auf den Beginn der wirtschaftlichen Globalisierung dar. Brasilien verzichtete auf die Kernenergie, verkündete die Gründung des Mercosur und begann eine übereilte Liberalisierung der Wirtschaft, mit einer gelungenen Planung aber wenig erfolgreichen Umsetzung.

Vor diesem Hintergrund besuchte Helmut Kohl 1991 Brasilien und andere lateinamerikanische Länder. Deutschland definierte seine Rolle nach dem kalten Krieg neu. Brasilien und Lateinamerika rutschten auf der außenpolitischen Agenda des vereinten Deutschlands ziemlich weit nach unten. Die Kosten der Wiedervereinigung und die stärkere europäische Integration nach Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992 waren für das deutsche Volk sehr hoch. Die Globalisierung brachte die Internationalisierung von Unternehmen, wirtschaftliche Wechselwirkungen, die Ausweitung der ausländischen Investitionen und die Beherrschung der Weltwirtschaft durch das Finanzsystem mit sich. Deutschland blieb weiterhin die Säule der bekannten „Funktionsachse“ der bilateralen Beziehungen, und ähnlich wie Italien (in einem kleineren Umfang) konzentrierte man sich auf die Wirtschaftsbeziehung und auf die produktiven Investitionen in Brasilien. Obwohl sich Deutschland an der Privatisierung der Kommunikation und des Finanzsystems in Brasilien nicht beteiligte – zwei Bereiche, in denen Deutschland keine Tradition hat – spielt es als Investor immernoch eine herausragende Rolle, mittlerweile in einem neuen Interessensgebiet: Umweltschutz und Umweltindustrie.

Der Abschluss der UNO-Umweltkonferenz ECO-92 in Rio de Janeiro und einige Monate später der Sturz des Präsidenten Collor de Mello, der in einem *Impeachmentprozess* der Korruption angeklagt wurde, versetzte die Wirtschaft ins Ungleichgewicht und gefährdete die Projekte zum Schutz des Amazonas, die Einrichtung von Schutzgebieten und die Finanzierung von Umweltschutzprojekten. Das Thema der nachhaltigen Entwicklung wurde zu einer Priorität in den bilateralen Beziehungen, zumal Brasilien in dieser Hinsicht wegen seiner Größe und

der großen Anzahl von Projekten mit deutscher Finanzierung besondere Bedeutung zukommt. In den 90er Jahren wurde neben den traditionellen Themen wie Handel und Investition auch das Thema nachhaltige Entwicklung und Ökologie in die bilaterale Agenda aufgenommen. Ein weiterer wichtiger Aspekt der bilateralen Beziehungen in dieser Zeit waren die regionalen Abkommen über Freihandelszonen. Deutschland ist – gemeinsam mit Frankreich – ein großer Verfechter der europäischen Integration und der Vertiefung innereuropäischer Beziehungen, so wie Brasilien und Argentinien sich besonders für den Fortschritt des Mercosur engagieren.

Ende 1994 reisten der Präsident Itamar Franco – in den letzten Wochen seiner Legislaturperiode – und sein ehemaliger Finanzminister sowie neu gewählter Präsident Fernando Henrique Cardoso, zum ersten Amerika-Gipfel nach Miami. Die Initiative wurde von Präsident Bush ins Leben gerufen und während der Amtszeit von Präsident Clinton weiterverfolgt mit dem ehrgeizigen Ziel, eine neue Freihandelszone in Amerika (FTAA bzw. ALCA) einzurichten, um den Handel auf dem gesamten amerikanischen Kontinent – mit Ausnahme von Kuba – zu erleichtern.

Vor diesem Hintergrund – sich parallel zur Konsolidierung der universalen Handelsliberalisierung durch die Welthandelsorganisation (WTO) entspinnder Freihandelsabkommen – wurde im Dezember 1995 die interregionale Rahmenvereinbarung zur Kooperation zwischen den Staaten der Europäischen Union und des Mercosur unterzeichnet. Trotz der aufeinanderfolgenden Finanzkrisen in den nachfolgenden Jahren – insbesondere der Mexiko-Krise 1995, der Russland-Krise 1997, der Asien-Krise 1998, der Krise in Brasilien 1999 (mit der Abschaffung des festen Wechselkurses für den Real), der Spekulationskrise der dotcom-Unternehmen 2000 und der Krise vom 11. September 2001 – wurden die regionalen Integrationsprozesse weiterverfolgt. Die Bedeutung des freien Handels als Motor zur Vermögensgenerierung wurde von den Regierungen vieler Ländern erkannt und erzeugte eine große Anzahl bilateraler Abkommen Ende der 90er Jahre und zu Beginn des 21. Jahrhunderts, was schließlich zur sogenannten *Spaghetti Bowl-Problematik* führte. Auch die WTO selbst organisierte eine neue Runde multilateraler Verhandlungen in Doha zur allgemeinen Verminderung von Zolltarifen und zur Erstellung von Handelsregeln für verschiedene andere Dimensionen des internationalen Handels.

Der Eintritt in das 21. Jahrhundert in Deutschland und Brasilien war geprägt von Vorfreude auf eine weltweite Liberalisierung des Handels, die man sich von der Millenniumsrunde der WTO und später von den Doha-Verhandlungen

erhoffte. Eine Euphorie, die noch durch die Entwicklungsfortschritte neu gegründeter Technologieunternehmen verstärkt wurde, die als Anzeichen für den Fortschritt der Gesellschaften weltweit gesehen wurden. Auch die europäische Integration erhielt eine neue Dimension mit der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung Euro im Jahr 2002. Zwischen 2001 und 2004 gab es Versuche, regionale Handelsvereinbarungen zu konsolidieren. Aber die Geschichte spielte manchen Projekten, die den Traum der Integration, Kooperation und der westlichen Entwicklung zu gewährleisten schienen, einen Streich.

Der Mercosur geriet 1999 mit der Abwertung des brasilianischen Real in eine erste Währungskrise, seitdem bestehen vor allem zwischen Brasilien und Argentinien Handelsspannungen. Die für das Jahr 2000 erwartete Handelsliberalisierung, bei der die Länder des Mercosur in den fünfzehn darauffolgenden Jahren nachziehen sollten, bestätigte sich nicht. Das Gegenteil erfolgte: der Integrationsprozesses an sich wurde verschiedentlich in Frage gestellt und der Vertrag von Asuncion wurde verschiedentlich, sowohl in kommerzieller als auch in politischer Hinsicht mit Füßen getreten. „Mechanismen zum Wettbewerbsschutz“ wurden in den Handelsbeziehungen eingeführt, Protektionismus und bürokratische Hindernisse aller Art wurden vor allem von Argentinien gegenüber Brasilien errichtet, was die Integration im Mercosur insgesamt unglaublich machte. Auch die unsaubere Aufnahme von Venezuela unter Hugo Chavez belastete den Integrationsprozess, der – derart politisiert – seine Glaubwürdigkeit verlor.

Aber auch die Europäische Union durchläuft schwierige Zeiten. 2008 brachte eine in der modernen Geschichte nie dagewesene Finanzkrise die Spekulationsblase zum Platzen und die Staatskassen mussten einspringen, um einen Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems und tragische soziale Konsequenzen für die Gesellschaft weltweit zu vermeiden. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union mussten mit einer Schuldensituation umgehen, wie sie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr vorgekommen war. Die Liberalisierung des Handels und die regionale Integration wurden auf unbegrenzte Zeit ausgesetzt. Seit den Maastricht-Verträgen 1992 und der Währungsunion 1999 verfolgte die Europäische Union definitiv eine in Brüssel formulierte gemeinschaftliche Politik. Die wachsende Bedeutung der Handels- und Landwirtschaftspolitik, beide von gemeinschaftlichen Entscheidungen geprägt, machten die deutsch-brasilianische Agenda zu einer regionalen Agenda, die allen Unsicherheiten der beiden regionalen Integrationsprozesse ausgesetzt war – insbesondere der Ziellosigkeit des Mercosur. Die Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland wurden zu „Unterbeziehungen“ der Beziehungen zwischen Brasilien und der Europäischen Union.

Im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts können die deutsch-brasilianischen Beziehungen schon nicht mehr als traditionelle bilaterale Beziehungen wie in den vorangegangenen Jahrzehnten verstanden werden – auch nicht innerhalb des positiven Geistes der regionalen Integrationen und des interregionalen Integrationsprozesses EU-Mercosur. Die regionalen Konjunkturen, vor allem die europäische Agenda und die Aktionen der gemeinsamen EU-Politik definieren die wichtigsten Richtlinien der Beziehung. Handel und Investitionen sind Teil einer immer notwendiger werdenden Strategie in Kontinentaleuropa. Die schon fast sechs Jahrzehnte alte Wirtschaftspartnerschaft ist einer Welt voller Wechselwirkungen und Abhängigkeiten, Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit ausgesetzt. Und die konjunkturelle Lage lässt Brasilien und Deutschland nur wenige gemeinsame Chancen.

Einige neue Dimensionen für Investition und Kooperation gibt es allerdings doch, darunter beispielsweise das gemeinsame Interesse an der Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen und das deutsche Interesse am wachsenden Agrobusiness in Brasilien. Energie und Agrobusiness gehören natürlich thematisch zusammen, denkt man beispielsweise an den Anbau von Zuckerrohr, Soja oder Mais als Grundlage, um einen Teil des Erdölkonsums in beiden Ländern und in den jeweiligen Integrationsgebieten zu ersetzen. Auch hängen sie eng mit der Geflügel- und Rindfleischproduktion zusammen, beides Produkte, die in großen Mengen von Deutschland zur Weiterverarbeitungen oder zum eigenen Verbrauch importiert werden. Am Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts zeigt sich diese neue Dimension in den wirtschaftlichen Perspektiven zwischen Brasilien und Deutschland. Perspektiven, die auch von der chemischen Industrie, der Pharmaindustrie und dem Maschinenbau aufgegriffen werden können, die mit der landwirtschaftlichen und städtischen Entwicklung in Brasilien einhergehen. Zur Landwirtschaft gehört natürlich auch die Biotechnologie, die eine ganz neue Dimension von Wissenstransfer und Genforschung, von Medikamenten und Saatgut einschließt; sowie die Lieferung von Produkten und Dienstleistungen zu internationalen Großveranstaltungen wie der Fußball-WM 2014 und den Olympischen Spiele in Rio de Janeiro 2016. Aber es gibt noch Hindernisse, die überwunden werden müssen.

DIE AMTSZEIT VON LULA UND DILMA

■ 2003 haben Präsident Lula und seine Arbeiterpartei in Brasilien die Macht übernommen. Nach dem Wahlsieg des Kandidaten Luiz Inácio Lula da Silva

und der Bestätigung der Demokratie kündigte Deutschland Investitionen von mehr als 7,5 Milliarden Dollar durch die zehn größten deutschen Konzerne in Brasilien an. Außerdem signalisierte Deutschland Interesse, bis 2008 bis zu 10 Milliarden Dollar in Infrastruktur-Projekte zu investieren. Die Deutschen schienen bestrebt, ihre Position als zweitgrösster Investor wiederzuerlangen oder vielleicht sogar die USA und Spanien zu überholen, die zwischen 1996 und 2002 die größten Investoren in Brasilien waren und die erste Position besetzten. Sollten sich alle geplanten Investitionen konkretisieren, würde Deutschland seinen Kapitalbestand in Brasilien, der 2003 insgesamt 19 Milliarden Dollar ausmachte, signifikant erhöhen.

Die Initiative der deutschen Regierung und ihrer Unternehmergemeinschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen zu ihrem traditionellen südamerikanischen Partner zu fördern und zu verstärken, gewann angesichts der schwierigen internen Situation des Landes und der aktuellen europäischen Wirtschaftskonjunktur noch an Bedeutung. In den 90er Jahren litt Deutschland stark unter den Kosten der Wiedervereinigung. Über eine Billion Euro wurden in die ehemalige DDR investiert, um die Infrastruktur der neuen Bundesländer den Standards der Bundesrepublik anzupassen. Deutschlands Haushaltsdefizit hat die im Europäischen Stabilitätspakt festgelegte Grenze von 3% überschritten und Europa erwartete angstvoll die Entscheidung der gemeinsamen Institutionen, welche Art von Sanktionen über die größte Volkswirtschaft des Kontinents verhängt werden sollten. Die Arbeitslosenzahlen erreichten über vier Millionen. Um die Situation noch zu erschweren, war der Euro im Vergleich zum US-Dollar überbewertet, was die Exporte verteuerte und diese somit reduzierte, so dass nun auch der letzte und wichtigste Sektor der Wirtschaft, der noch eine gewisse Dynamik zeigte, ausgebremst wurde. Auch die Aufnahme zehn neuer Mitgliedstaaten in die Europäische Union ab 2004, die meisten aus Osteuropa, legte die Vermutung nahe, dass für Brasilien nur wenig Investitionsmittel übrig bleiben würden.

Vor diesem innenpolitischen Hintergrund setzte die Initiative, Brasilien und seine neue Regierung mit klaren Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen zu unterstützen, ein positives Zeichen. So wurde nicht nur eine historische Entwicklungspartnerschaft bestätigt, sondern man zeigte auch, dass Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten und auch zu den Vereinigten Staaten eine andere Wahrnehmung von Brasilien hatte. Während sich der internationale Markt auf oberflächliche Risikoanalysen konzentrierte, glaubte Deutschland an Brasilien. Aber der folgende Zeitraum erwies sich als schwierig.

In über einem Jahrzehnt hat die aktuelle Regierung – wenn man die Wahl der Präsidentin Dilma Rousseff 2010 als eine direkte Fortsetzung der Politik ihres Amtsvorgängers betrachtet – die gebotenen Chancen aus den Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien nicht richtig genutzt. Wenn es auch nicht zugegeben wird, so hat die Regierung Lula wohlweislich die von seinem Amtsvorgänger geerbte Wirtschaftspolitik weiter geführt. Die wirtschaftliche Stabilitätspolitik mit kontrollierter Inflation seit 1994 sicherte das notwendige Gleichgewicht für eine Konsumexplosion, einen Anstieg der Beschäftigungszahlen und den Ausgleich des Staatshaushaltes. Zwischen 2003 und 2008 war die außenpolitische Situation für die Regierung Lula so günstig wie seit der ersten Hälfte der 70er Jahre nicht mehr. Ohne von der internationalen Krise mitgerissen zu werden und durch die durchgängig hohen Preise der *Commodities*, erhielt die brasilianische Regierung die historische Chance die vitalen Veränderungen durchzuführen, die von der Gesellschaft seit Jahrzehnten erwartet wurden – beispielsweise die Steuerreform und Investitionen in Infrastruktur. Diese Hoffnung sollte sich jedoch nicht erfüllen. Demagogie, Populismus und mangelnde administrative Kompetenzen wiesen einen anderen Weg. Von den reichhaltig verfügbaren Mitteln wurde mehr in Umverteilungs- und „soziale“ Maßnahmen investiert. Statt in Infrastruktur zu investieren, um die bestehenden Straßen, Schienen, Häfen und Flughäfen zu erweitern, wurde der Konsum gefördert. Statt in die Effizienz des Staatsapparates zu investieren, wurde dieser erweitert. In der Energiepolitik entschied man sich für die Unterstützung des Erdölgiganten Petrobrás und unterschätzte die Bedeutung anderer erneuerbarer Energiequellen wie Ethanol, wo Deutschland bereits Kooperationsinteresse signalisierte.

In der Außenpolitik gab die Regierung der PT besonders dem radikalen linken Flügel Raum. Man entschied sich für eine anachronistische Außenpolitik – ein Kurs der bis heute beibehalten wird – geprägt von einer gleichgültigen Haltung gegenüber den USA, einer wenig sachlichen Haltung gegenüber Westeuropa und einer distanzierten Haltung gegenüber Japan. Im Gegensatz dazu konzentrierte man sich auf die südamerikanische Region und nahm eine zunächst schüchterne und undurchschaubare Anführerrolle gegenüber eindeutig zwielichtigen Regierungen ein, die nicht an demokratische Prinzipien glaubten, teilweise auch mit einer „bolivaristischen“ Ausrichtung, einer Theorie, die für die Politikwissenschaft nur schwer nachzuvollziehen ist. In einer nicht unflexiblen Orientierung wurde eine „Süd-Süd“ Agenda bevorzugt mit einer aufseherregenden Annäherung an Russland, Indien und China, die aber nur wenig Konkretes vorweisen kann. Obwohl man wusste, dass die internationalen Ziele

der Staatengruppe gegensätzlich sind und wenig gemeinsam haben, beharrte man auf einer strategischen Agenda, deren Sinn sich nie erschloss. In diesen zehn Jahren exportierte Brasilien weiterhin dieselben Produkte in diese und andere große Märkte, die Volumen- und Preisänderungen erweckten den Eindruck einer guten Handelsleistung. Tatsächlich aber begann Brasilien Milliarden Dollar von diesen und anderen Ländern mit einem wettbewerbsfähigeren Produktionssektor zu importieren, ohne dass in irgendeiner Weise die Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Produkte verbessert wurde. Dutzende multinationaler Unternehmen, einschließlich der wirklich entschlossenen deutschen Unternehmen mit jahrzehntelanger teilweise sogar hundertjähriger Tradition in Brasilien stellten mittlerweile die Aufrechterhaltung der Produktion im Land in Frage.

Die Zeiten haben sich in den letzten sechzig Jahren geändert. Und die Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland haben sich trotz aller Hindernisse, den Zeiten angepasst. Dem Privatsektor ist es zu verdanken dass, die Wirtschaftsbeziehungen aufrechterhalten wurden, das Engagement der Deutschen in der brasilianischen Entwicklung, die Tradition des gegenseitigen Vertrauens und die Perspektiven, dass die Zukunft für beide Länder Fortschritte bereithält. Und wenn man von wenigen Ausnahmen absieht, schreiben die deutschen Unternehmen in Brasilien positive Zahlen. In der Zukunft wird jedoch ein Teil der Beziehungen der Verantwortung der Europäischen Union unterstellt und es bleibt dem deutschen Privatsektor überlassen, seine Prioritäten zu setzen.

GESCHÄFTSMÖGLICHKEITEN IM AGROBUSINESS

■ Es wurde bereits viel darüber geschrieben, wie sich die brasilianische und die deutsche Wirtschaft ergänzen. Wie oben dargestellt, haben beide Länder vor allem nach dem 2. Weltkrieg tiefe Beziehungen aufgebaut und Deutschland leistete einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung Brasiliens. Die Maschinen und Kapitalgüter, die elektrischen Anlagen, die Chemie- und Pharmaindustrie sind bereits Synonym deutscher Präsenz in Brasilien. Jahrzehntlang hat Brasilien Rohmaterial, Nahrungsmittel und auch Fertigprodukte an Deutschland geliefert. Von Deutschland wiederum erhielten wir Produkte mit hohem Mehrwert und Spitzentechnologie. In der letzten Zeit haben Brasilien und Deutschland Kooperationen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, Ökologie und Umweltschutz vorangebracht. Kläranlagen, Anlagen zur Abfallbehandlung und Recycling hatten ihren Platz in den Handelsbeziehungen beider Länder.

Wenn es jedoch einen Sektor gibt, in dem die bilateralen Beziehungen mit interessanten Geschäftschancen für beide Seiten noch vertieft werden können, dann ist es das Agrobusiness – besonders was die Lieferung von Nahrungsmitteln und Energie betrifft. Es ist klar, dass es nicht einfach sein wird, dieses Thema mit Europa zu verhandeln. Es ist weltweit bekannt, dass es für Europa schwierig ist, Themen wie den Zugang zu landwirtschaftlichen Märkten und den politischen Charakter der Hilfszahlungen und die internen Subventionen an europäische Landwirte zu verhandeln. Deutschland und Brasilien haben jedoch gemeinsame Interessen, die den Zugang zu Agrarprodukten erleichtern und flexibilisieren können. Es geht auch um die Bedeutung, die die Regierungen beider Länder der Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energien beimessen. Beide Länder haben Bundesprogramme, um alternative Treibstoffe wie Ethanol und Biodiesel zu fördern. Öffentliche Mittel wurden eingesetzt, um die lokalen und globalen Umweltanforderungen zu erfüllen, die landwirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu dezentralisieren und die Energiesicherheit zu gewährleisten, so dass die Volkswirtschaften von fossilen Brennstoffen weniger abhängig werden.

Deutschland ist heute führend in der Technologie und Produktion von Biodiesel und Pflanzenöl, der Energiegewinnung aus Biomasse, Wind und auch Sonne. Brasilien ist der größte Ethanolproduzent der Welt, verfügt über Technologien für Biomasse und entwickelt – als einer der größten Getreideproduzenten der Welt – auch Biodiesel. Beide Länder nehmen aktiv an den internationalen Debatten über nachhaltige Entwicklung teil, beide sind Unterzeichner des Kyoto Protokolls, in beiden Ländern gibt es Gesetze zur Emissionskontrolle von Kohlendioxyd und beide unterstützen Projekte, um den Ethanolanteil im Benzin zu erhöhen – wenn auch in Brasilien wenig zielgerichtet.

Die Deutsch-Brasilianische Agrobusiness-Kommission hat sich aktiv engagiert, um das Agrobusiness den bilateralen und interregionalen Beziehungen eine neue Dimension zu verleihen. Unternehmens- und Regierungsvertreter beider Seiten führen eine systematische technische und politische Arbeit durch, um die charakteristische Kooperation zwischen den Volkswirtschaften beider Länder auch auf das Agrobusiness auszudehnen. Auf recht pragmatische Art und Weise werden verschiedene Kooperationsprojekte und Projekte mit kommerziellem Interesse – nicht nur für Biotreibstoffe, sondern auch für konzentrierten Saft, Obst, Fleisch, Untersuchung von Saatgut und Pflanzen und Lebensmittelqualität entwickelt. Es gibt gemeinschaftliche Investitionen zur Stärkung des Handels und der Sicherung erneuerbarer Energien.

Die mangelnde Sachlichkeit der bilateralen Kommissionen wird scharf kritisiert. Diesmal bemühte man sich aber, trotz der abweichenden Politik in Brasilien und der unsicheren Vorschriften, besonders um praktische Fortschritte und politisch machbare Projekte. Investitionen im brasilianischen Agrobusiness sind eine Beispiel für Win-Win-Situationen. Sie garantieren dem Investor Dividen den, erzeugen qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und Energie sowie einen guten Preis für den brasilianischen und europäischen Verbraucher, ohne notwendigerweise mit der europäischen Agrarpolitik auf Konfrontationskurs zu gehen. Und es kann vor allem die Produktivität in der Nahrungsmittelproduktion erhöhen und gleichzeitig die Armut in Entwicklungsländern vermindert werden. Umweltpolitisch tragen sie zu einer Verbesserung der Wasser- und Luftqualität bei, sie vermindern den Treibhauseffekt und ermöglichen die Konsolidierung von Projekten für erneuerbare Energie, die für die Wirtschaftsentwicklung so notwendig sind.

BRASILIEN UND DEUTSCHLAND, HEUTE UND IN ZUKUNFT

■ In Lateinamerika ist Brasilien immernoch bei weitem der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Deutschland steht zwischen fünfter und sechster Stelle unter den wichtigsten Handelspartnern Brasiliens zwischen 2010 und 2012, nach China, USA, Argentinien, Holland und Japan. Das bilaterale Handelsvolumen mit Deutschland überstieg 2011 24 Milliarden Dollar (18% mehr als im Vorjahr). Die brasilianischen Exporte erreichten 2011 9 Milliarden Dollar. Die wichtigsten Exportprodukte sind weiterhin Eisenerz, Kaffeebohnen, Flugzeuge, Soja, Erdöl und Orangensaft. Die Importe aus Deutschland erreichten ein Volumen von 15 Milliarden Dollar, darunter sind vor allem Fahrzeuge, Autoteile, LKWs, chemische und pharmazeutische Produkte, Maschinen und Anlagen zu nennen. Der bilaterale Handel mit Deutschland beträgt etwa 25% des bilateralen Handels zwischen Brasilien und der EU, der etwa bei 100 Milliarden Dollar liegt und an erster Stelle der Wirtschaftsblöcke ist.

Es gibt etwa 1600 Unternehmen mit deutschem Kapital in Brasilien, von denen etwa 800 in São Paulo liegen, dem größten deutschen Industriezentrum außerhalb Deutschlands. Drei deutsche Außenhandelskammern mit Sitz in São Paulo, Rio de Janeiro und Porto Alegre sowie eine Zweigstelle von *Germany Trade and Invest* (Gtai) in São Paulo unterstützen die deutschen Unternehmer in Brasilien. Jährlich führen die Confederação Nacional da Indústria (CNI) und der Bund Deutscher Industrie (BDI) die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage

durch, die 2013 zum 31. Mal stattfanden, außerdem das 40. Treffen der gemischten Kommission zur Wirtschaftskooperation. Es sind über 140 Jahre sehr aktiver bilateraler diplomatischer Beziehungen, sowohl in den Vereinbarungen sowie in der großen Anzahl nationaler und regionaler Delegationen, die beide Länder besuchen. 2012 erreichte das deutsche Investitionskapital in Brasilien etwa US\$ 25 Milliarden und der Anteil deutschen Kapitals am brasilianischen BIP schwankte, je nach Quelle oder Rechnungsmethode, zwischen 8% und 12%.

2008 haben der damalige Präsident Lula und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel den Aktionsplan der strategischen Partnerschaft zwischen Brasilien und Deutschland unterzeichnet. Hierin bestätigten sie ihren Willen, die Partnerschaft durch die Intensivierung der bilateralen Beziehungen auf allen Ebenen der Global Governance zu vertiefen: Klimaveränderung und biologische Vielfalt, Abrüstung und Sperrverträge, Verteidigung, Wissenschaft und Technologie, Innovation, nachhaltige Entwicklung, Energie sowie wirtschaftliche und Unternehmenskooperation. Diese Beziehungen werden notwendigerweise mit den Beziehungen zwischen der EU und Brasilien verknüpft.

Während der Regierung von Dilma Roussef begannen die offiziellen Besuche im Mai 2011, als der deutsche Präsident Christian Wulff Brasilien seinen ersten Besuch abstattete und von der Präsidentin im Besuchsraum Salão Nobre des Palácio do Planalto empfangen wurde. Dort bestätigten beide ihre Absicht, ihre Kooperation und den politischen Dialog auf höchster Ebene zu verstärken – vor allem in den Bereichen Innovation, wissenschaftliche, technische und kulturelle Kooperation. Außerdem kündigten sie offiziell das Deutschlandjahr in Brasilien 2013/14 an. Im Mai 2013 empfing Präsidentin Dilma den Bundespräsidenten Gauck in São Paulo und eröffnete offiziell die 31. Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage vor über tausend Besuchern – darunter Unternehmer und Amtsinhaber beider Länder. Die Botschaft des Treffens: die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind weiterhin eng, das Vertrauen ist groß und die Tradition in der Vermögensbildung ist bekannt. Wir haben jedoch noch eine harte Arbeit vor uns: den Deutschen sind die Schwierigkeiten aus der internationalen Finanzkrise und der chronischen Überschuldung ihrer europäischen Partner bewusst. Sie sehen Möglichkeiten für Geschäfte und Fortschritt in Brasilien in unzähligen Bereichen, bitten aber höflich darum, dass auch Brasilien seine Hausaufgaben macht.

Für weitere Investitionen und einen weiteren Technologietransfer, die Erweiterung der deutschen Industrien in Brasilien und um Menschen in unzähligen technischen und wissenschaftlichen Tätigkeiten zu qualifizieren, muss das Verhandlungsklima verbessert werden. Das Doppelbesteuerungsabkommen, das

in den letzten Jahrzehnten so beharrlich diskutiert wurde, muss endlich in die Praxis umgesetzt werden. Ein transparenter und zuverlässiger Rechtsrahmen und Regelwerke sind für die Verhandlungsfortschritte grundsätzlich. Die Entbürokratisierung und Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Dienstleistungen muss endlich Realität werden. Die chronischen Unsicherheiten in der Energiepolitik, der Industrie- und Steuerpolitik, die seit über einem Jahrzehnt systematisch durch ad hoc Maßnahmen ausgebessert werden, müssen endlich gelöst werden, wenn sie keine befriedigende Richtung finden. Erst wenn diese Reformen umgesetzt werden, können Brasilien und Deutschland ihre Kooperations- und Geschäftsagenda, vor allem die Chancen im Bereich Agrobusiness und Bioenergie richtig nutzen.

Die Welt des chinesischen Aufschwungs, der Klimaveränderungen, der neuen Technologien in der Energie- und Nahrungsmittelproduktion und die durch technische Mittel verminderten Entfernungen ist eine Welt, in der die Partnerschaft zwischen Brasilien und Deutschland Sinn macht: beide Länder haben schon viel gemeinsam erlebt und, wenn die brasilianische Politik noch ein wenig mehr Sachlichkeit an den Tag legt, können sie gemeinsam einen höheren Beitrag zur Entwicklung ihrer Regionen und der Welt leisten.

- **Christian Lohbauer** · Doktor in Politikwissenschaft an der USP, ehemaliger Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Universität Bonn zwischen 1994 und 1997. Er ist Mitglied der Arbeitsgruppe für internationale Konjunkturanalyse – GACINT/USP – www.christianlohbauer.com

LITERATURHINWEISE

- GRABENDORFF, Wolf. Brazil and West-Germany : A Modell for First World – Third World Relations? In: *Brazil in the International System: The Rise of a Middle Power*, Edited by Selcher, Wayne, Boulder, Colorado, 1981, Seiten 195-198.
- GUILHON ALBUQUERQUE, J.A.; LOHBAUER, C. *New and Old Challenges of the Trade Agreement between the European Union and Mercosur* http://www.apexbrasil.com.br/publicacoes/M-UE_Dialogue_ebook.pdf, 2012.
- <http://www.ahkbrasilien.com.br/pt/publicacoes/revista-brasilalemanha/>
- LOHBAUER, Christian: *Brasil-Alemanha. Fases de Uma Parceria 1964-1994*. São Paulo: Konrad-Adenauer-Stiftung/Edusp, 2000.
- LOHBAUER, Christian *O Brasil, o Mercosul e a União Européia: os desafios de uma relação complementar*. In: AMARAL JR., Alberto; RATTON, Michelle (Herausgeber). “União Européia, Editora Aduaneiras, 2002, Seite 143-189.